

III. BERICHTE AUS DEM INSTITUT

DFG-Projekt: „Mitgliedschaften und soziale Strukturen der Parteien des linken Spektrums in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1990“

von Josef Boyer, Christian Handschell, Till Kössler

Die Parteien nehmen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Stellung als Mittler zwischen Gesellschaft und Staat ein. Die Art der Mehrheitsbildung und der politischen Repräsentation baut auf ihnen auf, sie wirken nach Art. 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Obwohl die Parteien in der soziologischen, politikwissenschaftlichen und zunehmend auch in der zeitgeschichtlichen Forschung einen Schwerpunkt darstellen, standen bisher die Organisation, die Programmatik, Typenbildungen und Wahlanalysen im Vordergrund des Interesses. Dagegen blieben die Kenntnisse über die Mitgliedschaftsentwicklung und die Sozialstruktur der Parteien gering, und publizierte Daten zur personellen Binnenstruktur der Parteien waren oftmals von fragwürdiger Qualität. Sozialgeschichtlich orientierte Untersuchungen zur gesellschaftlichen Verankerung der Parteien und die komplexen Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Sozialstruktur und Entwicklung der Parteien sind bisher weitgehend ein Forschungsdesiderat geblieben. Die fehlende Datenbasis verhindert bislang die Beantwortung einer Kernfrage der Parteienforschung, der Frage nach dem Reflex sozialen Wandels im politischen System und nach der sozialen Prägung des politischen Partizipationsverlangens.

Im Sinne von Grundlagenforschung erarbeitet ein seit Mai 1997 am Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung laufendes dreijähriges DFG-Projekt statistische Daten zur Sozialstruktur der Mitglieder und Funktionäre folgender Parteien der Bundesrepublik: SPD, KPD, SEW, DKP, Die Grünen. Darüber hinaus werden die Mandatsträger aller Parteien untersucht. Die Daten werden mit quellenkritischer Kommentierung in Tabellenform publiziert, um der Parteienforschung gesicherte und neue Forschungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das Projekt wird von Prof. Dr. Klaus Tenfelde geleitet, wissenschaftliche Mitarbeiter sind Dr. Josef Boyer, Christian Handschell und Till Kössler. Ein Parallelprojekt an der Johann-Wolfgang Goethe Universität Frankfurt unter der Leitung von Prof. Dr. Marie-Luise Recker erarbeitet mit den gleichen Fragestellungen und Methoden das bürgerliche und rechte Parteienspektrum. Als Relevanzkriterium für den Einbezug einer Partei in die Untersuchung dient ihre Repräsentanz in mindestens

einem Parlament der Länder oder des Bundes im Untersuchungszeitraum. Neben den großen Parteien SPD, CDU, CSU, FDP, KPD und Die Grünen wird damit eine Vielzahl von kleineren Parteien erfaßt, die aber zum Teil wegen fehlender Datenüberlieferung nicht abgebildet werden können. Aufgrund ihrer zeitgeschichtlichen Relevanz oder aus Gründen der Kontinuität im Parteienspektrum wurden weiterhin die DKP, die SEW und die DVU einbezogen. Die Parteien der DDR werden nicht behandelt, da sie in anderen gesellschaftlichen und politischen Kontexten standen, die zu einer eigenen Parteientypologie führten.

Die Ergebnisse beider Arbeitsgruppen werden in einem gemeinsamen, systematisch gegliederten mehrbändigen Werk und darin – soweit sachlich möglich – in parteiübergreifenden Tabellen publiziert. Beide DFG-Projekte zusammen erfassen damit das gesamte Spektrum der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft.

Der Untersuchungszeitraum setzt mit Kriegsende ein und wird bis zur deutsch-deutschen Vereinigung als zeitgeschichtlicher Zäsur geführt. Diese lange, nahe an die Gegenwart heranführende Periode entspricht der interdisziplinären Zielgruppe der Publikation: außer der Zeitgeschichte die sozial- und politikwissenschaftliche Parteienforschung, aber auch die politisch interessierte Öffentlichkeit, neben den Parteien selbst.¹

Sozialstrukturell analysiert werden die Mitglieder, die ehren- und hauptamtlichen Parteifunktionäre in ihrer Amtsdifferenzierung und die Mandatsträger der Parteien jeweils für den Bund, die Länder und teilweise die nächstfolgende regionale Untergliederung der Parteien. Neben der reinen Anzahl wird nach den klassischen Kategorien der Sozialstrukturanalyse differenziert, soweit die Quellen das erlauben. Nach dem bisher erreichten Kenntnisstand sind das: Geschlecht und Alter, Konfession, Region, teilweise Gemeinden nach Größenklassen, Bildung, Beruf und Stellung im Beruf, wobei diese Kategorien je nach Partei und Personengruppe unterschiedlich definiert und dicht abgedeckt werden können.

Der herangezogene Quellenkorpus besteht primär aus parteiinternen Statistiken, Karteien, Berichten, EDV-Dateien usw., wie sie für parteieigene Zwecke angelegt wurden. Grundsätzlich wird für die Mitglieder und Funktionäre nur anonymisiertes und aggregiertes Zahlenmaterial verwendet, da eine Datensammlung aus Individualunterlagen an den dazu nötigen, alle Grenzen sprengenden Arbeitskapazitäten scheitert. Für die Mandatsträger treten an Quellen die amtlichen und biographischen Handbücher der Parlamente hinzu, die, abweichend vom sonstigen Vorgehen, mit einer Individualdatenbank erschlossen werden.

Das vornehmste Ziel des Projekts ist die Sicherung eines zuverlässigen Datengerüsts, das heißt, daß die vielfältigen methodischen und überlieferungsbedingten Unzuverlässigkeiten

¹ Die Hoffnung, die Daten „der anderen Parteien“ zu erfahren, erwies sich als ein wesentliches Motiv für viele Parteien, ihre Archive und Registraturen für die Zwecke des Projekts zu öffnen.

ten der Daten – die teilweise bisher unreflektiert in der Parteienforschung Verwendung gefunden haben – kritisch überprüft und in einer Weise kommentiert werden, die der zukünftigen Forschung bezeichnet, bis zu welchen Grenzen jeweils Analysen und Urteile auf den überlieferten und publizierten Daten aufbauen können. Dazu ist auch der Nachweis der Entstehungs- und Verwertungszusammenhänge der Ursprungsstatistiken notwendig.

Ein Hauptvorteil des Untersuchungsansatzes liegt darin, daß ein Teil der Daten für die SPD mit parallelen Daten zumindest der CDU, CSU und KPD in einheitlichen, gemeinsamen Tabellen für eine vergleichende Parteienanalyse dargestellt wird. Allerdings kann dabei nicht jede inhaltliche Kategorie für alle Parteien ausgefüllt werden, so fehlt beispielsweise die Konfessionszugehörigkeit bei der SPD, die Gewerkschaftszugehörigkeit bei der CDU. Die komparative Anlage des Zahlenwerks entspricht der Praxis der Parteien, die immer unter den Bedingungen des politischen Wettbewerbs handelten.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß die einbezogenen Quellengruppen für die Gesamtzeit ihrer jeweiligen Überlieferung dargestellt werden. Die Forschung ist somit in der Lage, eine Argumentation zu überwinden, die auf wenigen Zahlen aufbaut, die zudem oft nicht nach sachlichen Kriterien, sondern überlieferungsbedingt ausgewählt worden sind. Zugleich kann ein Großteil der Statistiken räumlich dicht, wenn auch nicht geschlossen, für das Gesamtgebiet der Bundesrepublik angeboten werden.

Das Projekt kann und will nicht die Detailfülle und Differenziertheit regional oder thematisch begrenzter Spezialuntersuchungen zur Sozialstruktur der Parteien anstreben. Eine Übertragung solcher Analyseansätze auf das ganze Bundesgebiet ist im Rahmen der Mittele Ausstattung des Projekts nicht zu leisten. Die Projektziele liegen dagegen in der Weite, in der Systematik und in der quellenkritischen Gesicherheit der dargebotenen Daten. Mit diesem Material können in Zukunft die weiterhin notwendigen und sinnvollen kleinräumigen Untersuchungen in einen allgemeinen Kontext eingebunden werden, und Sonderentwicklungen werden vor diesem Hintergrund zu erkennen sein.

Es entspricht dem Selbstverständnis des Projektes als Grundlagenforschung, daß über die beschriebenen Ziele hinaus keine inhaltlichen, fachwissenschaftlichen Auswertungen des Datenmaterials vorgenommen werden.

Im folgenden werden die bisherigen Ergebnisse für die KPD, die Grünen und die Mandatsträger aller Parteien detaillierter dargestellt. Für die SPD wird auf den Beitrag „Die Sozialstruktur der SPD 1945 – 1990. Grundlagen und Perspektiven der Analyse“ von Josef Boyer, hier im Heft, verwiesen.

Die KPD

Die Entstehung von Mitgliederdaten in der KPD muß vor dem Hintergrund der allgemeinen Parteientwicklung und des besonderen Mitgliederverständnisses der KPD gesehen

werden. Die KPD war bis zu ihrem Verbot 1956 straff zentralistisch organisiert und verstand sich als Untergliederung einer gesamtdeutschen SED. Die Mitglieder wurden in erster Linie als Exekutoren der von der Führungsebene festgelegten „Parteilinie“ definiert. Die Parteiarbeit sollte von ihnen nach zentral festgelegten Plänen durchgeführt werden. Dieses Parteimodell bildete den Hintergrund für die Bemühungen der Parteiführung, möglichst genaue Angaben über ihre Mitglieder zu sammeln.

In der Forschungsliteratur zur KPD finden sich bislang nur vereinzelt und unsystematisch Angaben zur Mitgliederentwicklung und Sozialstruktur der Partei.² Die wichtigsten Aktenbestände zum Thema lagerten bis 1990 im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und sind erst seit einigen Jahren in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv Berlin allgemein zugänglich. Die Bestände umfassen sowohl die Überlieferung der KPD-Parteiführung als auch Überlieferungen der Bezirks- bzw. Landesleitungen. Andere Archive enthalten demgegenüber kaum quantitatives Material.

Die Mitgliederstatistiken der KPD beruhten auf einem Berichtswesen, das von der Parteibasis über die Bezirks- bzw. Landesorganisationen bis zum Parteivorstand und der Westkommission der SED reichte. Drei Phasen der Berichterstattung lassen sich unterscheiden: Bis zum Frühjahr 1949 befand sich das Meldewesen parallel zur Gesamtpartei noch in der Aufbauphase. Die Untergliederungen berichteten unsystematisch, und eine Prüfung der erhobenen Daten fand nicht statt. 1949 vereinheitlichte die Partei nach einer Generalrevision des Mitgliederstandes das Berichtswesen. Für die folgenden Jahre ist eine Fülle von Zahlen zum Umfang und zur sozialstrukturellen Gliederung der Mitglieder vorhanden. In einer dritten Phase seit Ende 1951 liegen schließlich nur noch zu bestimmten unregelmäßigen Stichdaten Angaben vor. Dies ist zum einen auf die Schwächung der Organisation aufgrund von Austrittswellen und der zunehmenden Frustration der Mitglieder zurückzuführen, zum anderen auf die Einführung konspirativer Praktiken als Reaktion auf den Verbotsantrag der Bundesregierung im November 1951. Für die Zeit der Illegalität 1956 bis 1968 sind nur in Einzelfällen Zahlen für einige Parteibezirke überliefert. Insgesamt liegen Zahlen nicht nur für die Zonen- bzw. Bundesebene vor, sondern auch für die einzelnen Bundesländer.

Die Quellenlage zur DKP ist sehr viel schlechter als die zur KPD, da es weder ein der Öffentlichkeit zugängliches Parteiarchiv noch eine parteiinterne Überlieferung in staatlichen Archiven gibt. Zur Zeit sind die Verfassungsschutzberichte und Angaben der Parteipresse die einzige Quelle, um die Mitgliederentwicklung der DKP von 1969 bis 1990 nachzuzeichnen. Zur West-Berliner SEW liegen dagegen verstreute Mitglieder- und Sozialstrukturangaben im Landesarchiv Berlin vor.

² Den besten Überblick bietet Patrick Major, *Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany*, London 1997. Vgl. auch Dietrich Staritz, *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, in: Richard Stöss (Hg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Opladen 1983, S. 1663-1809.

Wie sehen nun die konkreten Ergebnisse der Quelledurchsicht aus? Die absoluten Mitgliederzahlen geben nicht einfach den Mitgliederstand zu einem gewissen Zeitpunkt wieder, sondern müssen als Anhaltspunkte verstanden werden. Im Fall der KPD bilden die Zahlen den Mitgliederstand mit einer gewissen Zeitverzögerung ab, da es eine Weile dauerte, bis sich Abgänge von Mitgliedern, weniger dagegen von Neuaufnahmen, in den parteiinternen Statistiken niederschlugen. Allerdings führten periodische Karteibereinigungen zur Verbesserung der Zahlenqualität. Bei allen Schwächen im einzelnen sind die Zahlen deshalb ein im wesentlichen zuverlässiger Indikator für die Entwicklung der Parteimitgliedschaft. Die Angaben aus den Stadtstaaten und kleineren Bundesländern sind dabei tendenziell zuverlässiger als diejenigen der großen Flächenstaaten, da in den Städten die Kontrolle des Mitgliederstandes durch die Partei besser bewerkstelligt werden konnte.

Die von der KPD erhobenen sozialstrukturellen Angaben müssen ähnlich vorsichtig interpretiert werden wie die allgemeinen Zahlen. Einzelne Kategorien bilden dabei die historische Wirklichkeit zuverlässiger ab als andere. Relativ zuverlässig scheinen die Angaben zum Geschlecht, Alter und zur beruflichen Stellung zu sein. Auf diesen Kategorien lag das besondere Augenmerk der Partei, die an der Werbung von Frauen, Jugendlichen und Arbeitern für die Partei interessiert war. Unzuverlässiger sind die Angaben zur Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Vereinen. Die Angaben hierzu wurden nur von einer Minderheit der Grundorganisationen sorgfältig erhoben bzw. weitergegeben. Vielfach machten die einzelnen Parteimitglieder hierüber auch keine oder unvollständige Angaben. Die Zahlen sind aber nicht wertlos, da sie durchaus Einblick in bestimmte Grundmuster und -entwicklungen geben können. Anders als im Fall der SPD liegen für die KPD nur sehr verstreute Angaben zum sozialen Profil der Neumitglieder vor. Am besten läßt sich noch der Anteil der Jugendlichen und Arbeiter an den neuen Mitgliedern feststellen.

Die Statistiken zur sozialen Zusammensetzung des Funktionärskörpers der KPD sind von besonderem Interesse, da sie Hinweise zur Herkunft und Homogenität dieser die Politik der Partei prägenden Gruppe sowie zu Rekrutierungsmustern und Parteikarrieren in der KPD geben können. Leider liegen nur für die Jahre 1950/51 ausführlichere Zahlen vor. Für die übrigen Jahre lassen sich in den Quellen nur vereinzelt Hinweise zu den Führungsgruppen der Partei finden. Die beste Quelle stellt eine detaillierte Tabelle zur Zusammensetzung der über 1000 Delegierten zum Parteitag der KPD im März 1951 dar. Hier wurden unter anderem Informationen zu sozialer Herkunft, Beruf und politischer Präferenz der Eltern, politischer Tätigkeit vor 1933 und dem Schicksal während der NS-Diktatur abgefragt.

Insgesamt bieten die vorliegenden Daten zum ersten Mal die Möglichkeit einer zeitlich und räumlich differenzierten Betrachtung der sozialstrukturellen Zusammensetzung der KPD-Mitgliedschaft nach 1945. Die gesellschaftliche Verankerung der KPD und die soziale Dimension des politischen Erosionsprozesses der Partei in den 1950er Jahren können nun auf einer breiten Quellengrundlage untersucht werden.

Die Grünen

Mit zwei entgegengesetzten Thesen lassen sich die Forschungsfragen zur Sozialstruktur der Partei Die Grünen, die auf Bundesebene 1979/80 aus verschiedenen Strömungen neuer sozialer Bewegungen und Initiativen gegründet wurde, umreißen. Nimmt man einerseits eine in den siebziger Jahren weitgehend vollzogene Entbindung von „sozialmoralischen Milieus“ (Rainer M. Lepsius) in der bundesrepublikanischen Gesellschaft an, dann müßten die Mitglieder und Akteure der Grünen kaum mehr spezifische Sozialstrukturmerkmale aufweisen, sondern sich vielmehr entlang politisch-konzeptioneller Gruppenbildungen strukturiert haben.³ Andererseits wurde für und durch die Grünen bereits die Entstehung eines neuen Milieus konstatiert, das sich unter anderem durch Jugendlichkeit, hohe formale Bildungsabschlüsse, Dominanz bestimmter (etwa sozialer und neuer technischer) Berufe, aber auch durch typisierbare Lebensstile beschreiben lasse.⁴

Diese konträren Forschungsansätze basieren bisher auf wenigen Fallstudien,⁵ die empirische Beweisführung ist mager geblieben. Das erklärt sich aus zwei Umständen, die auch dem hier beschriebenen Projekt enge Grenzen auferlegen. Zum einen macht es die satzungsgemäß hohe Autonomie der Parteibasis erforderlich, bei jeder einzelnen Parteigliederung, von der Daten erhoben werden sollen, Genehmigungen einzuholen, wozu noch die in dieser Partei besonders ausgeprägten Datenschutzbedenken und ein antibürokratisches, herrschaftsmißtrauisches Ressentiment gegen Informationserhebungen von „oben“ oder „außen“ hinzukommen. Daran scheiterte sogar eine immer wieder geplante parteieigene Selbstanalyse,⁶ weswegen, zum anderen, nur sehr wenige aggregierte Daten, wie sie für die Zwecke des Projekts herangezogen werden sollen, bei den Parteistellen vorliegen. Eine ausführlichere Sozialstrukturuntersuchung der Grünen müßte daher auf die Ebene der Individualdaten zurückgehen, die aber nur zum geringen Teil in ihrem historischen Bestand überliefert sind, vielmehr fortlaufend elektronisch aktualisiert und damit vernichtet werden. Selbst die wenigen historischen Daten enthalten aber in aller Regel nur Namen und Adressen, so daß sich nur das Geschlecht der Mitglieder – bei erheblichem Aufwand – eruieren ließe.

Für das Projekt wurden Materialien der Landesgeschäftsstellen sowie des parteieigenen Archivs ausgewertet.⁷ Erstellt wurde bisher eine Mitgliederstatistik, die für 1979 die absoluten Mitglieder je Bundesland, ab 1981 bis 1990 diese von der Kreisverbands- bis zur

³ Zur Diskussion der verschiedenen Milieuansätze und -entwicklungen vgl. Michael Vester/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993.

⁴ Hans-Joachim Veen, Die Grünen als Milieupartei, in: Hans Maier u.a. (Hg.), Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis, Stuttgart 1988, S. 454-476.

⁵ Beispielsweise Ralf Heidger, Die Grünen - Basisdemokratie und Parteiorganisation. Eine empirische Untersuchung des Landesverbandes der Grünen in Rheinland-Pfalz, Berlin 1987.

⁶ Auskunft Herr Camp und Herr Becker-Schaum, Archiv Grünes Gedächtnis, unter Bezug auf die ehemalige Bundesgeschäftsführerin Heide Rühle.

⁷ Heinrich Böll Stiftung, Archiv Grünes Gedächtnis, Römerstr. 71, 53332 Bornheim-Widdig.

Bundesebene erfaßt, allerdings ohne Geschlechtstrennung. Ihr liegen die Meldungen für den Delegiertenschlüssel zu Parteitag zugrunde. Die Daten erscheinen weitgehend zuverlässig, denn der Neigung, zugunsten einer höheren Delegiertenzahl den Mitgliederbestand fälschlich zu erhöhen, stand die Beitragsabführung je Mitglied an höhere Parteilgliederungen korrigierend entgegen. Zudem wurden die gemeldeten Zahlen von den Landes- und der Bundesgeschäftsstelle geprüft.

Die Delegierten sind bereits, soweit massenstatistisch verwertbare Quellen vorliegen, von der Parteienforschung beschrieben worden.⁸ Diese Ergebnisse werden nach Möglichkeit in das Projekt eingebracht. Funktionäre der Partei, also haupt- oder nebenamtlich Tätige, die von der Partei besoldet werden, sowie die Sprecher und Vorsitzenden, Kassierer u.a. aller Ebenen, sind überwiegend nur durch bruchstückhafte Adressenlisten zu greifen und daher in ihrer Sozialstruktur nicht näher bestimmbar. Ergiebiger sind lediglich sporadisch überlieferte Selbstvorstellungen anlässlich von parteiinternen Kandidaturen – Unterlagen, deren Auswertung im Projektzusammenhang aber nicht zu leisten ist. Zudem war diese Personengruppe einer hohen Fluktuation unterworfen, was auch für die quellenmäßig kaum zu fassenden Mitglieder der zahlreichen Arbeitsgemeinschaften auf den verschiedenen Hierarchiestufen der Partei gilt.

Der hier beschriebene Forschungsstand ist vorläufig und kann sich verbessern, da noch weitere Recherchen zu betreiben sind. Momentan bleibt festzustellen, daß die Eigentümlichkeiten des Parteiselbstverständnisses und der Parteigeschichte der Grünen das erreichbare sozialgeschichtliche Wissen über diese Partei in engen Grenzen hält, trotz des hohen politischen Gewichts der Grünen und der guten Datenverarbeitungsmöglichkeiten seit ihrer Gründung. Wesentliche Erkenntnisfortschritte werden nur durch akribische Detailstudien zu erwarten sein.

Die Mandatsträger

Die besondere Situation bundesdeutscher Mandatsträger zwischen freiem und imperativem Mandat – zwischen Parlament und Partei also – wirkt sich in mehrfacher Hinsicht direkt auf die Arbeit des Projekts aus. Erstens reflektiert die Entscheidung, die Mandatsträger gesondert zu behandeln und nicht den einzelnen parteiorientierten Arbeitsgruppen zuzuordnen, die bisherige Praxis der Parteienforschung: Parlamentarier werden selten als Parteimitglieder wahrgenommen. Statt dessen existiert mit der „Abgeordnetensoziologie“ ein weitgehend autonom diskutierender Forschungszusammenhang. Zweitens gibt es neben diesem inhaltlichen Argument auch rein pragmatische Gründe, die Mandatsträger in einem eigenständigen Projektteil zu behandeln: Die Quellen, die zur Sozialstrukturanalyse der Parlamentarier herangezogen werden müssen, weichen entscheidend von denen ab, die für Mitglieder und Funktionäre der Parteien verwendet werden können. Das

⁸ Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

ursprüngliche Ziel des Gesamtprojektes, ausschließlich auf anonymisiertes und aggregiertes Material zurückzugreifen, konnte nicht eingehalten werden, da dieses Material für Landtags- und Bundestagsabgeordnete in ausreichender Quantität und Qualität nicht existiert. Statt dessen werden standardisierte Individualquellen zugrunde gelegt, wie sie in Form amtlicher Parlamentshandbücher, biographischer Handbücher und digitalisierter Quellen vorliegen.⁹ Somit wird drittens deutlich, daß es in diesem Projektteil nicht die Partei-, sondern die Parlamentsarchive und ihre Abgeordnetenkarteen sind, die die wesentlichen Quellen bereithalten.

In einer umfassenden Datenbank werden alle Personen erfaßt, die zwischen 1946 und 1990 ein Mandat in einem gewählten Landtag oder im Bundestag innehatten. Insgesamt handelt es sich dabei um eine Gruppe von ca. 10.000 Frauen und Männern. Verzeichnet werden Geburtsdatum, Geschlecht, erlernter und ausgeübter Beruf und Bildungsgang eines Abgeordneten sowie die Dauer der Zugehörigkeit zu einer Fraktion, Fraktionswechsel, vorzeitiges Ausscheiden aus dem und Nachrücken in das Parlament.

Die gewählte Form der Datenaufbereitung bietet die Möglichkeit, das biographische Material auf verschiedene Fragestellungen hin tabellarisch zu organisieren. Zunächst wird den Bedürfnissen und Anforderungen der Abgeordnetensoziologie Rechnung getragen, indem in einem ersten Kapitel nach Parlament und Wahlperiode getrennt aufgeschlüsselt wird. In einem zweiten Kapitel werden die „Neuparlamentarier“ – also diejenigen Abgeordneten, die in einer Wahlperiode ihr erstes Mandat antreten – nach denselben Kriterien dokumentiert. Dies, weil sich über die Zusammensetzung dieser Gruppe von Abgeordneten die Dynamik des Wandels der soziostrukturellen Zusammensetzung der Parlamente schärfer beobachten läßt. In einem dritten Kapitel wird versucht, die oben beschriebene und als Manko charakterisierte Distanz von Parteien- und Abgeordnetenforschung durch eine parlamentsübergreifende und auf die einzelnen Parteien bezogene Organisation der Daten zu verringern. Dazu werden die Wahlperioden aller Länderparlamente zu „Wahlgruppen“ mit dem Ziel zusammengefaßt, eine möglichst hohe Anzahl von Wahlperioden, deren Beginn in einem angemessenen zeitlichen Abstand lag, in diesen Gruppen zu vereinen.

⁹ Die konzentrierteste Sammlung amtlicher Handbücher der Parlamente befindet sich in der Bibliothek des deutschen Bundestages sowie in der Bibliothek der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, Bonn. Vgl. Martin Schumacher, *Deutsche Parlamentshandbücher. Bibliographie und Standortnachweis*, Düsseldorf 1986. Biographische Handbücher liegen für die Landtage Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die Bremer Bürgerschaft vor. Darüber hinaus haben die Landtagsverwaltungen Nordrhein-Westfalens und Schleswig-Holsteins CD-ROMs vorgelegt, die die Biographien sämtlicher Abgeordneter seit 1946 enthalten. Die Zuverlässigkeit des Quellenmaterials kann an dieser Stelle nicht im Detail diskutiert werden. Inkonsistenzen liegen aber insbesondere bei den Berufsnennungen der Abgeordneten in den amtlichen Handbüchern vor, ein Umstand, der von der Forschung seit langem und regelmäßig beklagt wird. Vgl. Ludger Anselm Versteyl, Plädoyer für die Vereinheitlichung der Berufsbezeichnung der Abgeordneten. Ein Beitrag zur Parlamentssoziologie, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3 (1972), S. 27-43.

Unter diesen Vorzeichen ergeben sich für zukünftige Forschungen neue Perspektiven. Studien zur politischen Elite der BRD beschäftigen sich – wenn sie sich auf Abgeordnete als Untersuchungsobjekt beziehen – zunächst und vorwiegend mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestages.¹⁰ Sozialstruktur, Karriere- und Rekrutierungsmuster sowie Tätigkeitsprofile von Landespolitikern gehören hingegen zu den Themen, die die Wissenschaft bisher eher stiefmütterlich behandelt hat, so sehr, daß Stefan Holl 1990 behauptete, Landespolitiker seien eine „weitgehend unbeachtete Elite“.¹¹ Angesichts der geringen Zahl von Arbeiten, die sich explizit mit der Struktur einzelner Landtage oder der Struktur einzelner Gruppen in mehreren Landtagen auseinandersetzen, scheint diese Aussage auch 1999 in ihrer Tendenz noch zutreffend zu sein. Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus der Projektarbeit für die Beschäftigung mit Parlamentariern auf Landesebene inhaltlich neue Impulse. Besonders gilt dies für komparativ angelegte Forschungen, da erstmalig die Aggregation der Abgeordneten aller Landesparlamente demselben Kriterienkatalog unterliegt.

¹⁰ Maßstäbe setzen die von Peter Schindler bearbeiteten Datenhandbücher zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Baden-Baden 1983ff.

¹¹ Stefan Holl, Landespolitiker: eine weitgehend unbeachtete Elite. Sozialstruktur, Karrieremuster, Tätigkeitsprofile, in: Ursula Hoffmann-Lange (Mitverf.) und Hans-Georg Wehling (Red.), Eliten in der Bundesrepublik, Stuttgart u.a. 1990, S. 78-97. Zum Stand der Forschung zu Beginn der neunziger Jahre vgl. den Überblick in Stefan Holl, Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg: Sozialprofil, Rekrutierung, Selbstbild, Kehl am Rhein u.a. 1989, S. 17ff.

Buch-Projekt:

„Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland“

von *Helga Grebing*

1. Kurzcharakterisierung

Handbuchartige Darstellung der Hauptrichtungen des Sozialismus, der Katholischen Soziallehre und der Evangelischen Sozialethik von den jeweiligen Anfängen im frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, herausgegeben von *Helga Grebing*.

Das Werk im Umfang von ca. 1000 Seiten erscheint im Rahmen der Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung im Jahre 2000 im Klartext Verlag Essen.

Ziel ist eine mit ausführlichen Zitaten belegte Darstellung der Zusammenhänge von sozialen Bewegungen und strukturellen Wandlungen mit ideengeschichtlichen Entwicklungen.

2. Stand der Forschung und die Intentionen des Projektes bzw. der Publikation

Im Bereich der Theoriegeschichte ist in den letzten zwei Jahrzehnten monographisch außerordentlich viel geleistet worden; einen Hinweis darauf geben die von Walter Euchner herausgegebenen „Klassiker des Sozialismus“ (2 Bde, München 1991) sowie der soeben erneut veröffentlichte Überblick von Gerhard A. Ritter „Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ (1988), in: ders., Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland, München 1996. Was fehlt, ist eine Synthese, die über die Theoriegeschichte im engeren Sinn hinausweist. Andererseits sind sowohl innerhalb der Arbeiterbewegungsforschung im engeren Sinne als auch insgesamt in der Sozialgeschichtsschreibung über Arbeiter und Arbeiterbewegungen ideengeschichtliche Problemfelder und Kontinuitäten während der vergangenen rund zwei Jahrzehnte stark vernachlässigt worden.

Das Projekt beruht auf der Absicht, eine längst schon drängende, grundsätzliche Überarbeitung der 1969 von der Herausgeberin veröffentlichten „Geschichte der sozialen Ideen“ vorzunehmen. Das Buch ist längst vergriffen, und ein Bedarf zur generalisierenden Information über die Entwicklung sozialer Ideen in den verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und in der Debatte der Gebildeten ist dringend erwünscht.

Vermehrtes Gewicht hat eine moderne Ideengeschichte in den vergangenen Jahren durch die, verkürzt gesagt, „kulturalistische Wende“ der Sozialgeschichtsschreibung erhalten.

Ideengeschichte wird verstanden als eine Geschichte der Wertorientierungen, Deutungsmuster und handlungsrelevanten Intentionen sozialer Bewegungen, die ihrerseits soziale

Veränderungen durchsetzen und kulturelle Wandlungen auf den Weg bringen wollen. Aus dieser Sicht erscheint Ideengeschichte als strukturelles Teilmoment der Gesellschaftsgeschichte. Damit ist Ideengeschichte etwas anderes als Theoriegeschichte, d.h. als Darstellung von dem Anspruch nach geschlossenen Komplexen oder gar Denksystemen. Vielmehr geht es in dem Projekt um 'soziale Ideen', die in Wechselbeziehung und Wechselwirkung zu gesellschaftlichem und politischem Handeln stehen und deren instrumenteller Charakter im Nachvollzug evident wird. Der Praxisbezug ist aus dieser Sicht das Kriterium für die Validität sozialer Ideen und nicht das Interesse, deren auch mögliche dogmen-geschichtliche Stringenz auszuweisen. Dem liegt die Auffassung zugrunde, daß soziale Realität nicht für sich existiert, sondern stets nur in der Wahrnehmung der durch sie eingeschlossenen und von ihr beeinflussten Menschen.

3. Bearbeiter und Gliederung

Prof. em. Dr. Walter Euchner, Universität Göttingen:

Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland I (bis 1933)

1. Kapitel: Der Ideenhorizont des frühen Sozialismus und seine Wahrnehmung in der deutschen Arbeiterbewegung

Von der zünftigen Tradition zur Arbeiterbewegung – Ideengeschichtliche Vorbilder des deutschen Frühsozialismus

2. Kapitel: Die frühe Entwicklung des sozialistischen Denkens in Deutschland

Obrigkeitslicher Staatssozialismus – Handwerkerkommunismus und -sozialismus – Intellektuellen-Sozialismus

3. Kapitel: Grundriß einer epocheprägenden Theorie: Das Denken von Karl Marx und Friedrich Engels

4. Kapitel: Lassalle und der Lassalleanismus: Zwischen Revolution und Staatssozialismus

5. Kapitel: Sozialistisches Denken im Kaiserreich

6. Kapitel: Konzepte sozialistischer Realpolitik

7. Kapitel: Die Imperialismus-Debatte

8. Kapitel: Sozialdemokratische Konzeptionen in der Revolution 1918/19

9. Kapitel: Konzepte der Sozialisierung und der Kampf um ihre Realisierung

10. Kapitel: Sozialdemokratische Konzepte zur Zeit der „Normal-Lage“ der Republik

11. Kapitel: Abschied von der demokratischen Republik

Prof. em. Dr. Helga Grebing, Ruhr-Universität Bochum, Universität Göttingen:
Ideengeschichte des Sozialismus II (1934 – 1989)

1. Kapitel: Der Ideenhorizont deutscher demokratischer Sozialisten nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus 1934 – 1948

2. Kapitel: Die Herausforderung der politisch-ökonomischen Neugestaltung der deutschen Demokratie 1949 – 1959

Normen, Elemente und Werte: Das Modell des freiheitlichen Sozialismus – Der Weg zum Godesberger Programm – Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung

3. Kapitel: Neue Ideen für die 60er und 70er Jahre

„Systemüberwindung“ und „Doppelstrategie“ – Gesellschaftswandel und Kulturkrise – Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen – Die Neuen Sozialen Bewegungen

4. Kapitel: DDR – „Sozialismus“

Eine sozialistische Menschengemeinschaft? – DDR-Opposition und Widerstand

5. Kapitel: Wege ins 21. Jahrhundert

Die SPD auf der Suche nach einem neuen Programm – Neue Fragen: Sozialstaat, ökologischer Umbau, Dritte Welt – Das Berliner Programm 1989

Prof. em. Dr. Franz Josef Stegmann/Dr. Peter Langhorst, Ruhr-Universität Bochum:
Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus

Einleitung: Katholische Soziallehre – Entwicklung und Konzept

Kirchlicher Heilsauftrag und politisch-soziales Engagement – Bedeutung der Sozialprinzipien: Solidarität und Subsidiarität – Katholizismus, katholische Soziallehre und katholisch-soziale Ideen

1. Kapitel: Sozialer Katholizismus: Werden, Konsolidierung, Krisen – von der Frühzeit bis zum Ersten Weltkrieg

Wurzeln katholisch-sozialer Ideen und allmähliches Erfassen der sozialen Frage – Die soziale Frage als religiös-karitatives und wirtschaftlich-gesellschaftliches Problem – Von der ständisch-sozialen Reorganisation zur partiellen Gesellschaftspolitik – Selbsthilfe der Arbeitnehmer durch organisierten Zusammenschluß und gewerkschaftliche Interessenvertretung „Sozialpartnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit – Mitbestimmung der Arbeitnehmer

2. Kapitel: Katholisch-sozialer Pluralismus – die Weimarer Zeit

Romantisch-konservative Orientierungen – Richtungen des „christlichen Sozialismus“ „Katholisch-soziale Einheitslinie“: Solidarismus – „Berufsständische Ordnung“ als Kern der sozialen Neuordnung

3. Kapitel: Der deutsche Katholizismus in der sozialpolitischen Mitverantwortung – nach 1945

Sozial-ökonomische Neugestaltung – Versuche eines christlichen und demokratischen Sozialismus – Kritische Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft – Soziale Sicherung – gerechte Einkommensverteilung – Partizipation der Arbeitnehmer im Wirtschaftsprozeß – Gesellschaftspolitische Fragestellungen – Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit Friedensdiskussion und Sicherheitspolitik – Ökologie und Umweltschutz – Ausblick: „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“

**Prof. Dr. Traugott Jähnichen/Dr. Norbert Friedrich, Ruhr-Universität Bochum:
Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus**

1. Kapitel: Von der Diakonie der Erweckungsbewegung zur Organisation der Inneren Mission (1815 – 1849)

2. Kapitel: Die Grundzüge des sozialen Konservatismus im deutschen Protestantismus

3. Kapitel: Bildung und Entwicklung des Sozialprotestantismus konservativer und liberaler Prägung

4. Kapitel: Adolf Stoecker und Friedrich Naumann als Repräsentanten protestantischer sozialer Ideen im Kaiserreich

5. Kapitel: Protestanten als Sozialpolitiker im Staatsdienst: Theodor Lohmann, Hans von Berlepsch, Graf Posadowsky u.a.

6. Kapitel: Die Weiterentwicklung in der Weimarer Zeit: Der soziale Flügel der DNVP und der DDP, der Kirchlich-soziale Bund, der Christliche Volksdienst u.a.

7. Kapitel: Protestanten im Widerstand

8. Kapitel: Neubeginn nach 1945: Beitrag des Protestantismus zur Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und des Sozialstaates, die Arbeiten der Kammern der EKD zu sozialen Problemen, zur Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland; die Entwicklung in der DDR: u.a. Christen für den Sozialismus?

4. Anlage des Bandes

Die Anlage des Bandes wird so erfolgen, daß ihn Studenten, Schüler, Lehrer, Hochschul-lehrer (auch angrenzender Fachgebiete, selbst Naturwissenschaftler, die sozialgeschichtliche Begleitung ihrer Arbeit suchen), aber auch Praktiker in den Parteien, Parlamenten, Verbänden und Erwachsenenbildungsinstitutionen benutzen können.

Projektbericht:

„Displaced Persons“ (DPs) auf deutschem Boden nach 1945

Ein Projekt des Vereins „Erinnern für die Zukunft e.V.“ Bochum in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Stadtakademie Bochum, dem Jugendring Bochum, der Studentischen Arbeitsgemeinschaft für Antisemitismusforschung an der Ruhr-Universität Bochum, dem Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte der Deutschen und Internationalen Arbeiterbewegung e.V. und der VVN – Bund der Antifaschisten Bochum.

von Hubert Schneider

Fremdenfeindliche Aktionen gehören offensichtlich zum Alltag der deutschen Wirklichkeit der neunziger Jahre: Hoyerswerda, Mölln, Solingen, Lübeck waren und sind nur die Spitze eines Eisbergs. Fremdenfeindlichkeit ist aber keine Erfindung der heutigen Zeit: Nach 1933 systematisch gepflegt, um die Überlegenheit der „arischen Rasse“ gegenüber den „Sklavenvölkern“ zu legitimieren, traf sie nach 1945 die Opfer dieser Politik.

Als die alliierten Armeen 1945 Deutschland besetzten und vom Faschismus befreiten, fanden sie im späteren Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen etwa 6,5 bis 7 Millionen „Displaced Persons“ (DPs) vor. Es handelte sich in erster Linie um ehemalige Zwangsarbeiter, um KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene – also um Personen, die während des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat geflohen, vertrieben oder verschleppt worden waren. Problemlos verlief die Rückführung der Westeuropäer in ihre Heimatländer, erhebliche Schwierigkeiten bereiteten dagegen die Bürger aus den Ostblockstaaten, die sich mehrheitlich aus Angst vor Repressalien weigerten, nach Hause zurückzukehren.

Eine zunächst vergleichsweise kleine Gruppe unter den DPs bildeten die jüdischen Überlebenden, die fast ausnahmslos keine Heimat mehr hatten und deshalb versorgt werden mußten, bis sich ein Aufnahmeland für eine Auswanderung fand. Ihre Zahl erhöhte sich durch einen größeren Zustrom von Juden aus Polen: Sie waren 1939 vor den deutschen Truppen in die Sowjetunion geflohen und hatten dort unter schwierigsten Bedingungen überlebt. Nach Kriegsende durften sie in ihr altes Heimatland ausreisen, angesichts der dortigen antisemitischen Pogrome verließen sie es jedoch alsbald wieder.

Alle DPs wurden zunächst in rasch eingerichteten sogenannten DP-Lagern untergebracht. Nachdem im August 1945 die unsäglichen Lebensbedingungen für die physisch wie psychisch schwer angegriffenen jüdischen DPs bekannt wurden, schufen die Verantwortlichen der US-Zone umgehend rein jüdische Lager. Die britische Besatzungsmacht hingegen verschloß sich diesem Schritt, da sie auf Grund ihres Palästina-Mandats eine restriktivere DP-Politik betrieb. Durch die weitreichende Zerstörung aller jüdischen Gemeinden sowie durch in den jeweiligen Heimatländern der jüdischen DPs weiterhin vorhandenen Antisemitismus wurde die Repatriierung der Überlebenden fast unmöglich. So

dauerte es oft Jahre, bis sie in fernen Ländern neu beginnen konnten. Bis zur Schließung des letzten Lagers für jüdische DPs im Jahre 1957 entwickelte sich dort ein vielfältiges Shtetl-Leben, mit eigener Verwaltung, Polizei, Gerichten, Schulen, Berufsausbildungsstätten, Rabbinerseminaren, Theatergruppen, Orchestern sowie zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften.

Obwohl die „Displaced Persons“ zum normalen Erscheinungsbild aller deutschen Städte nach 1945 gehörten, spielen sie in der Erinnerung der Deutschen allenfalls eine negative Rolle: Die Erinnerung an die eigene Not verstellt den Blick auf die Opfer der rassistischen Politik Deutschlands. Ja, man nimmt sie überhaupt nicht als solche Opfer wahr, sieht in ihrer Existenz eine „normale“ Folge des Kriegs. So ist es auch zu erklären, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Praxis der Entschädigungspolitik gegenüber Zwangsarbeitern immer mit der stillschweigenden Akzeptanz der Bevölkerung rechnen konnte und kann.

Auch die Forschung hat sich dieses Themas bisher kaum angenommen. Erst seit einigen Jahren gibt es einige Publikationen zum Thema der jüdischen DPs, in letzter Zeit erschienen die ersten größeren Arbeiten, welche die Situation der nichtjüdischen DPs in regionalen bzw. lokalen Untersuchungen beleuchten.

Für Bochum und das Ruhrgebiet ergibt sich dabei folgendes Bild:

Im August 1944 arbeiteten mehr als 7,5 Millionen Ausländer zwangsweise in der deutschen Kriegswirtschaft – das waren ca. 20 % aller Arbeiterinnen und Arbeiter.

Allein im Bochumer Stadtgebiet (ohne Wattenscheid) waren es im Juni 1943 17.244 Menschen, darunter 4.525 Kriegsgefangene sowie 7.178 Männer und Frauen aus der Sowjetunion, die in mehr als 100 Lagern untergebracht waren. 1944 kamen zusätzlich zwei Außenlager des KZ Buchenwald hinzu, die Zahl der in Bochum arbeitenden Zwangsarbeiter erhöhte sich auf über 30.000.

In den letzten Kriegswochen machten sich viele dieser Verschleppten auf eigene Faust auf den Heimweg. So hielten sich bei Kriegsende (Mai 1945) im westlichen Ruhrgebiet nur noch ca. 100.000 DPs in den Lagern auf, in denen sie bereits in der Kriegszeit als Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene eingesperrt gewesen waren (nach britischen Akten waren es in Essen und Dortmund jeweils ca. 23.000, in Bochum ca. 6.600, in Dinslaken ca. 7.200, in Wesel ca. 8.100). In erster Linie waren dies Menschen aus Osteuropa, aber auch aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden.

Während des Sommers 1945 verließen nun täglich Tausende DPs das Ruhrgebiet. Zu repatriierende DPs wurden in sogenannten Abfertigungs-Camps (z.B. in Wetter/Ruhr) registriert und dann über noch intakte Bahnhöfe in ihre Heimat gebracht.

Aufgrund dieser enormen Anstrengungen hielten sich im Herbst 1945 kaum noch westliche und sowjetische DPs in den Ruhrgebietsstädten auf.

Schon im Spätsommer 1945 war allerdings zu erkennen, daß allein durch Repatriierungen nicht alle DP's vor Wintereinbruch aus dem Ruhrgebiet fortgebracht werden konnten. Ein vorübergehendes Verbleiben von DP's bis zum Frühjahr mußte in Kauf genommen werden. Man versuchte, aus der Not eine Tugend zu machen: Die noch verbliebenen DP's, es waren in erster Linie Polen, sollten zwar aus den am stärksten zerstörten Städten fortgeschafft werden, jedoch für einen eventuell anlaufenden Wiederaufbau der Industrie als Arbeitskräfte in erreichbarer Nähe bleiben.

Tatsächlich ist an der Entwicklung der Lager zu erkennen, daß diese im Kernbereich des Ruhrgebiets bis 1946 mehr und mehr geschlossen wurden, während an den Rändern, wie z.B. in Haltern, größere „Polenlager“ entstanden. Die polnischen DP's waren zunächst einmal geblieben, weil sie in der Reihenfolge der Repatriierungen an letzter Stelle standen. Ab 1946 verweigerten zudem immer mehr von ihnen wegen der offensichtlichen Installation eines pro-sowjetischen Regimes in Polen die Rückkehr in ihre Heimat.

Als sich 1948 herauskristallisiert hatte, daß DP's als sogenannte „hard core“ in der Britischen Zone bleiben würden, versuchte die britische Militärregierung diese durch eine gezielte Unterbringung in der Mitte des Ruhrgebiets einer Eingliederung in den Arbeitsprozeß näher zu bringen. So wurde z.B. in Essen-Kray eine ehemalige Flak-Kaserne in ein DP-Lager umgewandelt.

Das Leben in Lagern fand sein Ende erst nach der Übernahme der DP's als „heimatlose Ausländer“ zu Beginn der fünfziger Jahre. Insgesamt fünf Großsiedlungen für DP's wurden in Nordrhein-Westfalen eingerichtet, unter anderem in Dortmund-Eving. Für die nun „heimatlose Ausländer“ genannten DP's bedeutete der Einzug in diese zivilen Quartiere auch die Hoffnung, daß das ständige Verschieben von Lager zu Lager endlich ein Ende haben würde.

So ist die Siedlung für heimatlose Ausländer in Dortmund-Eving seit fast fünfzig Jahren von ehemaligen DP's, zumeist polnischer Abstammung oder deren Nachkommen, bewohnt. Sie haben sich – vor allem im Bewußtsein ihrer eigenen Geschichte – in den achtziger Jahren erfolgreich gegen den Verkauf ihrer Häuser und die damit verbundene Auflösung ihrer Gemeinschaft gewehrt. Heute verstehen sie sich selbst als Bürger dieser Region.

Neue Forschungen

Das Projekt „‘DISPLACED PERSONS’ AUF DEUTSCHEM BODEN NACH 1945“ hatte das Ziel, ein möglichst breit gefächertes Publikum mit diesem Thema zu konfrontieren. Das war ausschlaggebend für die Wahl des Veranstaltungsortes, die Räume der Evangelischen Stadtakademie in der Stadtmitte. Hier wurden in der Zeit vom 24. November 1998 bis zum 26. Februar 1999 die Ausstellungen gezeigt, und hier wurden auch die Vorträge des Rahmenprogramms gehalten.

Im Mittelpunkt stand die Ausstellung „*Ein Leben aufs Neu – 'Jüdische Displaced Persons' auf deutschem Boden 1945-1948*“. Diese Ausstellung besteht im wesentlichen aus einem Fotoalbum des Ephraim Robinson, der, selbst einer dieser DPs, leidenschaftlicher Fotograf war und sich am besten über seine Bilder mitteilen konnte. Robinson war mit 4.000 meist osteuropäischen Juden Bewohner des Auffanglagers Frankfurt-Zeilsheim und fotografierte über Jahre den Alltag dieses Ortes. Nach seiner Emigration in die USA stellte er ein Album mit den Aufnahmen zusammen, die nach seiner Meinung das Lagerleben am besten dokumentierten. Nach dem Tod des Fotografen kam das Album zufällig in den Besitz des Holocaust Museum in Washington, das daraus eine Ausstellung konzipierte, die in Deutschland durch das Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt/Main vertrieben wird.

In einer vom Verein „Erinnern für die Zukunft“ erstellten zweiten Ausstellung – „*Displaced Persons*“ aus Bochum – „*Displaced Persons*“ in Bochum und im Ruhrgebiet 1945-1952 – wurde einmal das Thema auf die nichtjüdischen DPs ausgeweitet, zum anderen der lokale Bezug hergestellt.

Im Teil „*Displaced Persons*“ aus Bochum wird exemplarisch der Lebensweg des Bochumer jüdischen Ehepaars Karola und Simon Freimark dokumentiert: Die Freimarks wurden 1942 von Bochum nach Theresienstadt deportiert, überlebten, kehrten aber nicht nach Bochum zurück, sondern lebten bis zu ihrer Ausreise in die USA Mitte 1946 im DP-Lager Deggendorf in Bayern.

Im Teil „*Displaced Persons*“ in Bochum und im Ruhrgebiet“ wird der Weg der nach Bochum und in das Ruhrgebiet während des Krieges verschleppten Zwangsarbeiter nach ihrer Befreiung im April/Mai 1945 nachgezeichnet.

Für die Vorträge des Rahmenprogramms konnten neben bekannten Wissenschaftlern vor allem Nachwuchswissenschaftler gewonnen werden, die sich gegenwärtig mit dem Rahmenthema intensiv beschäftigen.

Die Vortragsreihe wurde eröffnet durch die Kuratorin der Robinson-Ausstellung, Dr. Jacqueline Giere. „Wir sind unterwegs, aber nicht in der Wüste“ war ihr Thema. Sie beschrieb das Leben in den Lagern aus der Sicht der Bewohner, bot damit zugleich Kommentar und Hintergrund zu der von ihr betreuten Ausstellung.

Prof. Norbert Frei, Bochum, stellte in seinem Beitrag „Beklommene Begegnungen. DPs und Deutsche in der Nachkriegszeit“ die Schwierigkeiten des Zusammenlebens von Menschengruppen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen, die noch kurz zuvor – bedingt durch ideologische Verblendung – als „Herrenmenschen“ und „Untermenschen“ in Lebensbereichen lebten, die nichts miteinander zu tun hatten.

Die Vorträge von Dr. Jan Rydel, Dozent an der Jagiellonischen Universität in Krakau, und Andreas Lembeck, Universität Osnabrück, ergänzten sich. Beide beschäftigten sich mit den polnischen DPs in der britischen Besatzungszone. Rydels Ausführungen „Polni-

sche Displaced Persons in der britischen Besatzungszone und die Vorgeschichte des Kalten Krieges“ thematisierten einen bisher unbekanntem internationalen Aspekt des Themas: Die sich in den westlichen Besatzungszonen aufhaltenden ca. 1 Million polnischen DPs wurden nach 1945 Gegenstand eines erbitterten politischen Kampfes zwischen der polnischen Exilregierung in London und der kommunistisch dominierten Regierung in Warschau, in den auch die britische und die sowjetische Regierung involviert waren. Dieser frühe Konflikt zwischen den alliierten Siegermächten führte in der britischen Besatzungszone zu dem Versuch, in Deutschland eine polnische Enklave einzurichten. So wurde hier eine 70.000 Mann starke polnische Truppe aufgestellt, die nur darauf wartete, in einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion eingesetzt zu werden. Andreas Lembeck berichtete unter dem Thema „Befreit, aber nicht in Freiheit“ über das Leben der polnischen DPs in den Emslandlagern. Viele von ihnen lebten noch Jahre in denselben Baracken, in denen sie zuvor als Zwangsarbeiter untergebracht gewesen waren. Lembeck illustrierte seine Ausführungen mit historischen und aktuellen Dia-Aufnahmen.

Oliver Willnow, Bochum, der zuvor schon entscheidend bei der Konzipierung der gezeigten Ausstellung „Displaced Persons in Bochum und im Ruhrgebiet 1945-1952“ mitgearbeitet hatte, lieferte in seinem Beitrag „Zwischen Siegern und Besiegten. DPs und heimatlose Ausländer im Ruhrgebiet 1945-1952“ Kommentar und Hintergrund zu der Ausstellung. Anregend war, daß er für die folgende Diskussion ehemalige DPs, die noch heute in Dortmund-Eving leben, mitgebracht hatte.

Mit dem Vortrag von Hubert Schneider „Das Ruhrgebiet war nicht mehr ihre Heimat – Bochumer Juden als Displaced Persons“ endete die Vortragsreihe, schloß sich gewissermaßen der Kreis: Im Mittelpunkt stand das Schicksal des Bochumer jüdischen Ehepaars Freimark, wie es sich in deren Erinnerungen und im Briefwechsel mit seinen Kindern spiegelt.

Das Projekt ist insgesamt erfolgreich verlaufen. Zwar kamen zu den Ausstellungen nicht die großen Massen, das war angesichts des etwas „sperrigen“ Themas auch nicht unbedingt zu erwarten. Die Vorträge war regelmäßig gut besucht. Und zwar von Menschen, die ansonsten nicht so oft zusammentreffen: Studierende und Lehrende der Universität trafen auf Schüler der Bochumer Schulen und auf Menschen dieser Stadt, die der Universität eher fern stehen. Und man kam miteinander ins Gespräch: Die Diskussionen nach den Vorträgen dauerten in der Regel viel länger als die Vorträge selbst. Und noch etwas scheint wichtig: Die Durchführung und Finanzierung des Projektes war nur möglich, weil so unterschiedliche Organisationen in Bochum sich daran beteiligten. Und daß diese Zusammenarbeit möglich war, das macht Mut für die Zukunft.

Kurzer Bericht

über die Tätigkeit des Instituts zur Erforschung
der europäischen Arbeiterbewegung 1997-1999

von Peter Friedemann

An dieser Stelle veröffentlicht das Institut regelmäßig eine Übersicht seiner Aktivitäten. Dieser Bericht kann diesmal knapp ausfallen und sich auf neueste Entwicklungen beschränken, weil Ende 1998 der Umstand der zehnjährigen Besetzung der mit dem Institut verbundenen Professur zum Anlaß einer ausführlichen Berichterstattung genommen wurde.¹ Interessenten, denen an detaillierten Informationen gelegen ist, seien hierauf verwiesen. Wer die Berichterstattung des Instituts verfolgt hat, dem ist gut bekannt, daß im laufenden Jahr 1999 einschneidende Veränderungen bevorstehen:

Die Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, in deren enger Nachbarschaft das Institut künftig agieren und unter deren Dach es – ohne Veränderungen an seiner Rechtsform als Zentralinstitut der Ruhr-Universität – künftig beheimatet sein wird, hat inzwischen das künftige Institutsgebäude Clemensstraße 17-19 (gegenüber dem Schauspielhaus) erworben und mit dem Umbau begonnen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Mitteilungsblatts kann bereits mit einiger Sicherheit gesagt werden, daß die Umbaumaßnahmen im September 1999 abgeschlossen, die Umzüge in das neue Gebäude im Oktober und eine Serie von Veranstaltungen ab November stattfinden werden. Wir werden dann über eine einzigartige Bibliothek mit über 500.000 Bibliothekseinheiten zur Montan-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie zur Geschichte des Ruhrgebiets und der europäischen Arbeiterbewegungen, weiterhin über ein gut ausgebildetes Archiv mit dem Gesamtbestand der ehemaligen IG Bergbau und Energie verfügen können. Das Institut wird sich, vorbehaltlich der Zustimmung der universitären Gremien, in dieser neuen Umgebung einen anderen Namen geben, ohne damit seine zentralen Aktivitäten verändern zu müssen. Vorstand und Beirat haben zum Ende des Wintersemesters 1998/99 einmütig die Umbenennung in „Institut für soziale Bewegungen“ beschlossen.² Damit wird der Einbindung in die neue Umgebung Rechnung getragen; insbesondere geht es aber darum, Anschluß an neueren Entwicklungen der Forschung zu finden und weitere, attraktive Arbeitsfelder zu öffnen, für die unsere künftige „Bibliothek des Ruhrgebiets“ mit den beiden Bestandsabteilungen „Bergbau-Bücherei“ und „Bibliothek der Arbeiterbewegung“ zusammen mit dem „Archiv für soziale Bewegungen“ die allerbesten Voraussetzungen bieten werden.

Es liegt auf der Hand, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sowie der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets neben dem ganz normalen Lehr- und Forschungsbe-

¹ Peter Friedemann, Tätigkeitsbericht 1988-1998. Von einer „Büchersammlung“ zum Zentralinstitut der Ruhr-Universität und zur „Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets“, Bochum 1998, 60 S. Der Bericht kann über das Institut bezogen werden.

² Vgl. ebd. S. 56ff., Exposé über das Aufgabenfeld des Instituts für soziale Bewegungen.

trieb derzeit mit allen Kräften auf die rein technisch und organisatorisch mit zahlreichen Problemen behaftete Zusammenführung der Bibliotheken und die Entwicklung der künftigen, von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung finanzierten „Dokumentationsstelle Ruhrgebietsforschung“ hinarbeiten und daß alltäglich Zusammenarbeit in Fragen der Gestaltung unserer künftigen Arbeitsumgebung gefragt ist. Für den Geschäftsführenden Leiter und den Geschäftsführer des Instituts und der Stiftung sind diese Wochen und Monate voller Anspannung eben auch von der Freude über das Gelingen unseres Plans erfüllt. Mit großer Befriedigung dürfen wir zur Kenntnis nehmen, daß Zusagen eingehalten werden, daß wir von allen Seiten wohlwollende Unterstützung wahrnehmen und daß insbesondere die Universitätsverwaltung im Rahmen des Kooperationsvertragers zwischen der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets und der Ruhr-Universität ihr Möglichstes tut. Es wird dankbar anerkannt, daß neue Wege zu gehen waren, um eine strukturbildende Maßnahme, mit der nicht zuletzt Arbeitsplätze gesichert werden, Realität werden zu lassen.

Die Belastungen werden deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Lehr- und Forschungsbetrieb im Normalumfang weiterläuft, ja, eher noch intensiviert wurde. Im Sommersemester 1999 finden u. a. nachgerade klassische Lehrveranstaltungen im Arbeitsfeld des Instituts statt: eine Vorlesung über „Geschichte der Arbeiterbewegung“ und ein Hauptseminar „Richtungskämpfe in der deutschen Arbeiterbewegung 1890-1914“, verbunden mit einer Exkursion an die Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg. Das Kolloquium „Sozialstrukturen und soziale Bewegungen“ erfreut sich, wie auch dieses Mitteilungsblatt zeigt (alle hier veröffentlichten Beiträge gehen auf Kolloquiumsvorträge zurück), nachhaltiger Resonanz. Unsere Publikationen in den Schriftenreihen folgen den gesetzten Zeitplänen: Soeben wurde der voluminöse Band über „Arbeiter in der SBZ/DDR“ veröffentlicht, ein wissenschaftliches Kompendium, an dem, wie wir glauben, die künftige Forschung zur Sozialgeschichte der DDR nicht wird vorbeigehen können. Die – am Institut entstandene – Berliner Habilitationsschrift von Karl Lauschke über die Aufbauphase der Dortmunder Hoesch Aktiengesellschaft und die betrieblichen Sozialbeziehungen in der Nachkriegszeit ist soeben in den Druck gegangen. In Manuskriptform liegen vor: eine Habilitationsschrift von Tania Ünlüdag, „Clara Zetkin: Bürgerliche Mentalität und sozialistische Ideologie“, sowie Dissertationen von Georg Goes über die Geschichte der deutschen Glasarbeiter von der Jahrhundertwende bis ca. 1960 (für die Nachkriegszeit mit einem Ost-West-Vergleich) und von Eva Pietsch über Klassen- und Geschlechterbeziehungen in ethnisch heterogenen Milieus, erarbeitet an der amerikanischen Bekleidungsindustrie zwischen 1890 und 1930. Die Dissertationen von Helke Stadtland über die Gewerkschaftsbildung in der SBZ/DDR im Bereich Bergbau und Chemie sowie von Stefan Przigoda über die Unternehmerverbände im Bergbau von 1890 bis 1933 stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Über die laufenden Dissertationen informiert überdies ausführlich die Homepage des Instituts, die sich am leichtesten im Internet über die Ruhr-Universität Bochum anklicken läßt.

Eine Reihe von Veranstaltungen des Instituts im neuen Haus wird bereits intensiv vorbereitet. Wir hoffen, die Eröffnung des Hauses Ende November 1999 feierlich begehen zu können. Zuvor schon, vom 6.-10.10.1999, wird dort eine internationale Konferenz über „Irish and Polish Migration in Comparative Perspective“ stattfinden, die von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanziert und während einer Exkursion nach Herne dort auch der sog. „Herner Polenrevolte“ im Jahre 1899 gedenken wird. Das Institut veranstaltet federführend einen Kongreß über „Strukturwandel in schwerindustriellen Ballungsregionen“, der im Juni 2000 im Rahmen der Historama-Produktionen abgehalten wird. Er wird durch das Institut im neuen Gebäude eröffnet, hiernach in fünf einzelnen Konferenzen in Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg bzw. dem Rheinischen Industriemuseum Oberhausen, dem Ruhrland-Museum Essen, dem Institut für Arbeiterbildung in Recklinghausen und dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Dortmund sowie im eigenen Hause fortgeführt und durch eine Schlußveranstaltung auf Zeche Zollverein abgeschlossen. Für den Herbst 2000 haben wir zugesagt, die wissenschaftliche Eröffnungsveranstaltung des in Herne zu feiernden Internationalen Bergmannstages unter unserer Verantwortung zu organisieren. Gern möchten wir, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, das fünfzigjährige Jubiläum des DGB mit einer Veranstaltung über die Entwicklung der Einheitsgewerkschaft im Ruhrgebiet begehen. Ein anderer Plan sieht eine größere Veranstaltung im Jahre 2000 über „Europäischen Sozialismus am Ende des 20. Jahrhunderts“, ein weiterer die Abhaltung einer Konferenz zur Unternehmensgeschichte im Ruhrgebiet vor. Ferner befinden wir uns in der Anfangsphase des Aufbaus eines Graduiertenkollegs, dessen Stipendien anlässlich einer jährlichen Festveranstaltung verliehen werden sollen.

Bei diesen und anderen Maßnahmen erfreut sich das Institut, wie auch dieses Mitteilungsblatt wieder an mehreren Stellen zeigt, der regen Unterstützung unseres Fördervereins. Nicht nur, daß dieser manchmal in Notfällen eintritt, wenn wir, etwa, beim besten Willen keine Finanzierung für ein wichtiges Projekt, eine Druckmaßnahme, einen in Nöten befindlichen Studierenden finden können; er entwickelt mit uns eigene Projekte, etwa die Neubearbeitung der „Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland“ unter der Federführung von Helga Grebing; er unterstützt eigenständig Projekte wie jenes über die Displaced Persons, über das in diesem Heft berichtet wird. Seine Aktivitäten haben zugezogen; so verband sich die Mitgliederversammlung am 2. Juni 1999 mit einer Exkursion zum Thema „Rekultivierung von Industriebrachen“; überdies werden die Vereinsmitglieder regelmäßig zu Veranstaltungen von Rang eingeladen, die vom Institut organisiert werden. Im besten Sinne ist der Verein, wozu er ist, dafür dankt das Institut.